

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 82. Ratssitzung vom 21. September 2011

1756. 2011/263

Dringliches Postulat von Bernhard Piller (Grüne) vom 06.07.2011: Abbruch der Geschäftsbeziehungen mit der Firma Rosatom

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1522/2011): Die Stadt Zürich ist Mitaktionärin des AKW Gösgen, welches sein Brennmaterial aus dem russischen Majak bezieht. Majak ist neben Tschernobyl und Fukushima der verstrahlteste Ort auf der Welt. Auch im laufenden Betrieb werden die Region und ihre Bevölkerung durch radioaktive Abgase und Abwasser weiter verstrahlt. Wer sich in die Lieferkette einer solchen Anlage einreicht, trägt eine Mitverantwortung für dieses Elend.

So lange AKWs betrieben werden, wird es auch Standorte geben, an denen Uran abgebaut wird und eine Wiederaufbreitung stattfindet. Dies spricht für einen möglichst raschen Ausstieg aus der Kernenergie. Auch ist im Kernenergiegesetz der Schweiz seit 2003 ein Wiederaufbereitungsmoratorium enthalten, welches den Bezug von wiederaufbereitetem Brennmaterial doppelt unverantwortlich macht. Vor rund einer Woche wurde zudem bekannt, dass nicht nur Gösgen schmutziges Uran aus Russland bezieht, sondern auch Leibstadt.

Es ist mir durchaus bewusst, dass die Stadt Zürich als Minderheitsaktionärin keinen grossen Einfluss auf die Bezugsverträge hat. Von einem Stadtrat, der sich für den Atomausstieg ausgesprochen hat, erwarte ich aber eine klare Positionierung in dieser Frage. Obwohl Verwaltungsratsmitglieder in ihrem Stimmverhalten an kein Mandat gebunden werden können, besteht trotzdem eine moralische Verpflichtung. Konkret heisst das für mich, dass die drei Zürcher Verwaltungsratsmitglieder in allen Gremien darauf hinwirken müssen, dass die Geschäftsbeziehungen zur Firma Rosatom, die Verbindungen zu Majak hat, abgebrochen werden.

Martin Bürlimann (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. August 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Dieses Postulat hat einen Haken: Nicht die Stadt Zürich ist Aktionärin, sondern das ewz mit 15 Prozent. Die Forderung der Grünen ist zudem aus unserer Sicht politisch motiviert. Schliesslich ist aber die Sache des ewz diese Frage zu beantworten und als Aktionärin entsprechend Einfluss zu nehmen. Untersuchungen in Majak laufen bereits. Sollten sich daraus Erkenntnisse ergeben, die einen Bezug von Brennmaterial nicht mehr vertretbar machen, wird das ewz dementsprechend handeln. Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen lehnt die SVP diesen Vorstoss ab.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Luchsinger (GLP) zitiert aus einer Reportage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über Majak: «Die alte Frau schreit fast. Verstehen Sie, was ich Ihnen sage? Schreiben Sie auch alles mit? Die Menschen in Europa sollen endlich wissen, wie es uns hier geht.» Der Artikel beschreibt eine Demonstration, an der die Menschen die Anerkennung als Strahlenopfer durch den russischen Staat fordern.

Die Liste der Sünden, die in Majak begangen wurden, ist lang. Der Kommentar des Stadtrats zu dieser Situation ist lapidar: «Aus heutiger Sicht ist der Betrieb in den Anfangsjahren der Anlagen in Majak ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung und die Umwelt unbegreiflich. Jedoch sind weder die KKG noch die Stadt Zürich für diese Umweltschäden verantwortlich.»

Die GLP ist da dezidiert anderer Meinung. Es ist klar, dass der Stadtrat für die Vergangenheit keine Verantwortung übernehmen kann, aber für die Beziehungen zum höchst problematischen Sublieferant sehr wohl. Mit der Transparenz nimmt es Majak auch nicht wirklich genau, wie die Ablehnung des Besuchs einer Axpo-Delegation und der Rückgriff des Stadtrats für Informationen über die Anlage auf Wikipedia beweist. Ein nachhaltiges Unternehmen hätte bei solchen Lieferanten die Geschäftsbeziehungen schon lange abgebrochen. Sich hinter dem Beteiligungskonstrukt zu verstecken, ist für die GLP unethisch und nicht nachhaltig. Denn wer mitentscheiden kann, ist auch mitverantwortlich. Daher bitte ich um Ihre Unterstützung für das Postulat.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Auch die SP empfiehlt die Überweisung des Vorstosses. Wenn politische Motivation in diesem Gremium schlecht sein soll, muss ich davon ausgehen, dass die Motivation gewisser Leute in diesem Rat monetärer Natur ist. Russland würde ob einer solch gelenkten Demokratie frohlocken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler führt aus, dass die Antwort auf die Schriftliche Anfrage lediglich die darin enthaltenen Fragen beantwortet habe. Wenn also nach der Verantwortung des Stadtrats gefragt und diese verneint werde, könne man der Exekutive nun daraus keinen Strick drehen und behaupten, der Stadtrat fühle sich nicht verantwortlich.

Die politische Motivation bei diesem Thema sei klar ersichtlich. Er versichere aber, dass auch der Stadtrat und die Verwaltungsratsmitglieder, die die Interessen der Stadt Zürich in Gösgen verträten, ein Gewissen hätten. Man sei bereits vor der Einreichung des Postulats im Verwaltungsrat vorstellig geworden, obwohl der Einfluss marginal sei. Zudem stehe man in der Axpo nicht alleine da und erhalte von diversen Seiten Rückendeckung, damit der Bezug des Brennstoffes über einen anderen Lieferanten erfolge. Dies passe aber nicht von heute auf morgen. Mit der Bereitschaft das Postulat entgegenzunehmen, signalisiere er zudem, dass es ihm mit dem Thema ernst sei.

3 / 3

Das Dringliche Postulat wird mit 81 gegen 28 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat